

# LINKEZEITEN

Ausgabe # 10: Mai 2009 Mitgliederzeitung für **DIE LINKE.**  
Kreisverband Köln

## Europa von LINKS gestalten!

Von Jürgen Klute, Kandidat der LINKEN fürs Europaparlament, Mitglied des LINKEN Parteivorstands

Zur Erinnerung: Auf Initiative des damaligen französischen Außenministers Robert Schuman wurde 1951 die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) gegründet. Ihr Ziel: durch Verflechtung dieser kriegsrelevanten Wirtschaftsbereiche innerhalb der Mitgliedsstaaten Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande einen erneuten Krieg zu verhindern. Es sollte also eine Friedensordnung durch wirtschaftliche Integration geschaffen werden.

### Zur Geschichte der EU

Aus der EGKS ist dann 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) entstanden und 1967 die Europäische Gemeinschaft (EG), die 1992 durch den Vertrag von Maastricht zur Europäischen Union (EU) geworden ist.

Die EU ist von ihrem Ursprung her also alles andere als eine Sozial-Union. Auch im Laufe ihrer Entwicklung haben die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nie eine vorrangige Rolle gespielt – ganz unabhängig von der neoliberal zugespitzten Wirtschaftspolitik der letzten 2 Jahrzehnte.

Erst 1961 wurde aufgrund eines Beschlusses des Europarats – der eine von der EU unabhängige Institution ist – die Europäische Sozialcharta (ESC) auf den Weg gebracht. Anfang 1965 trat sie in Kraft, ohne von allen Mitgliedsländern ratifi-

ziert worden zu sein. 1999 trat eine überarbeitete Fassung in Kraft. Die ESC listet 19 soziale Rechte auf. Nur sieben davon sind bindend.

Ein Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) des Europarats, die 1953 in Kraft getreten ist, steht noch aus.

### Soziale Mängel der EU

Der Charakter der EU als Wirtschafts-Union spiegelt sich auch in den Formulierungen des Lissabon-Vertrages wider. Der wirtschafts-

politische Teil schreibt sehr klare und maximale Liberalisierungsforderungen fest. Das Kapitel zur Sozialpolitik enthält hingegen nur sehr allgemeine und unverbindliche Formulierungen. Aktuelle Urteile des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) unterstreichen diesen Charakter nochmals.

*Fortsetzung auf Seite 2!*



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

hiermit laden wir euch herzlich ein zur nächsten

## Kreismitgliederversammlung

am Dienstag, 05. Mai 2009, 19:00 Uhr,

Berufskolleg Südstadt, Zugweg 48, 50677 Köln,

Köln-Südstadt, KVB-Haltestelle „Chlodwigplatz“.

### Folgende Tagesordnung schlagen wir vor:

1. Begrüßung
2. Wahl von Tagespräsidium und Mandatsprüfungskommission
3. Beschlussfassung über Tages-, Wahl- und Geschäftsordnung
4. Auswirkungen der EU auf die Kommunen?  
Referat: Rüdiger Sagel, Mitglied des Landtags NRW, DIE LINKE
5. Aussprache über die politische Lage  
nach dem Unglück beim Bau der Nord-Süd-U-Bahn und  
dem Verzicht von OB Schramma auf eine erneute Kandidatur
6. Anträge
7. Verschiedenes

Mit solidarischen Grüßen, für den Kreisvorstand

Hans Günter Bell (Sprecher), Elisabeth Sachse (Sprecherin)

Der EuGH anerkennt zwar die Rechte von Gewerkschaften. In den Streitfällen „Viking“, „Laval“ und „Rüfert“ – stets ging es um die Abwehr von Lohn- und Sozialdumping – hat der EuGH jedoch die Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte mit Bezug auf Art. 43 und 49 des Vertrags von Rom der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit untergeordnet und somit im Interesse der klagenden Unternehmen entschieden.

## Europapolitische Ziele der LINKEN

DIE LINKE tritt zur Europawahl mit dem Ziel an, die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Mittelpunkt der EU-Politik zu stellen. Soziale Rechte und deren Weiterentwicklung sollen unmittelbar in die Grundlagenverträge der EU aufgenommen und die Liberalisierungs- und Deregulierungsgebote der EU zugleich aufgehoben werden. Letztere er-

fahren ihre schärfste Zuspitzung in der Lissabon-Strategie. Diese soll die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt machen.

DIE LINKE tritt dafür ein, die neoliberale Lissabon-Strategie durch eine neue, integrierte EU-Strategie für Solidarität, nachhaltige Entwicklung und soziale Integration abzulösen, um den Weg frei zu machen für ein friedliches, demokratisches und ökologisches Europa.

# Armut hat viele Gesichter, aber keine Stimme

## Eine Aktion gegen 1-Euro-Jobs bei der Caritas Köln

Von der Projektgruppe „Für soziale Gerechtigkeit – Jetzt aufstehen gegen Hartz IV!“

„Armut hat viele Gesichter“, so lautete das Motto, unter dem die Caritas am Freitag, dem 27.03.2009, zum alljährlich stattfindenden Sektorempfang einlud.

Doch als sich die Armut per Protest Gehör zu verschaffen versuchte, rief die Caritas die Polizei! Eine kleine Gruppe von Demonstranten sollte mit einem übermächtigen Polizeiaufgebot daran gehindert werden, ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrzunehmen.

Unter dem Deckmantel von Mildtätigkeit und Altruismus prä-

sentierte die Caritas dabei auf dem Empfang ihre Vorstellungen zur Umsetzung des Konzeptes „Fördern und Fordern“, um so finanzielle Unterstützung einzuwerben.

Dafür wurden die gutbürgerlichen Klischees der selbstverschuldeten Armut und des Elends bedient: Allein Alkohol- und Drogenmissbrauch sowie unglückliche familiäre Umstände würden zu persönlichem Versagen und Elend führen.

Unter der Voraussetzung, dass die Betroffenen selbst die Verantwortung für ihre persönliche Prob-

lemalage übernehmen, ist die Caritas bereit, helfend einzugreifen, z. B. mittels ‚Integrationsmaßnahmen‘ wie Ein-Euro-Jobs. Diese Ein-Euro-Jobs sind jedoch keine regulären, sondern disziplinierende und mit Sanktionen flankierte Beschäftigungsverhältnisse.

Mit der Umsetzung solcher Maßnahmen wird die Caritas sogar zum finanziellen Nutznießer der Hartz-Reformen: Denn jeder ‚Betreuungsfall‘ in einem Ein-Euro-Job wird mit mindestens 300 Euro aus Steuermitteln vergütet.

Um die Armut in unserem Land zu bekämpfen, bedarf es ganz anderer Maßnahmen, nämlich:

- der Abschaffung der Hartz-Gesetze;
- der Umwandlung der Ein-Euro-Jobs in existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.

Aktion eines Bündnisses Kölner Erwerbsloser unter Beteiligung der Projektgruppe „Für soziale Gerechtigkeit – Jetzt aufstehen gegen Hartz IV!“



### Impressum der LINKEZEITEN

Hg.: DIE LINKE Köln.

Redaktion: Dieter Koberg, Wolfgang Lindweiler, Alexander Recht, Sengül Senol.

Layout: Alexander Recht.

V. i. S. d. P.: Hans Günter Bell, c/o DIE LINKE Köln, Metzger Straße 24, 50677 Köln.

# Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik

Von Elisabeth Sachse, Sprecherin der LINKEN Köln

Die Arbeitslosenversicherung wurde 1957 als einheitliche, bundesweite Pflichtversicherung wieder eingeführt. Sie wurde in den 60er Jahren angesichts langsam wieder einsetzender und steigender Arbeitslosenzahlen um arbeitsfördernde Maßnahmen ergänzt.

Diese zielten präventiv auf die Förderung der beruflichen Mobilität des Einzelnen mittels Ausbildung, Umschulung und beruflicher Fortbildung. Ziel war die Sicherung eines hohen Beschäftigungsstandes und wirtschaftlichen Wachstums durch Qualifikation.

Mit Einführung des SGB III 1997 wurden diese beschäftigungspolitischen Ziele aufgegeben. Zunächst wurden Umschulungs- und ABM-Maßnahmen rigoros abgebaut. Der Abbau der ABM erfolgte vorgeblich, um wettbewerbsfähige Arbeitsplätze nicht zu gefährden (sogenannter zweiter Arbeitsmarkt).

Begleitet wurde dieser Paradigmenwechsel von der Individualisierung der Verantwortlichkeit für Arbeitslosigkeit, woraus auch eine Nachrangigkeit der Arbeitsförderung abgeleitet wurde.

## Neue Zielsetzungen

Seit Einführung der Hartz-Gesetze besteht das arbeitsmarktpolitische Ziel schließlich nur noch in der Verkürzung der Zeiten von Arbeitslosigkeit. Dies wird durch Zwangsmittel erreicht, die auf eine höhere Konzessionsbereitschaft der Betroffenen zur Annahme minder qualifizierter Arbeiten zielen.

Ab jetzt wird unterschieden zwischen „Beschäftigungsfähigkeit“ (ALG I) und „Erwerbsfähigkeit“ (ALG II), diese gelten als „individuelle Eigenschaften, die zu erhalten oder wieder herzustellen sind“.

Dieser Unterscheidungsentspricht die Unterscheidung zwischen dem Angebot sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen einerseits und jedweder entlohnter Tätigkei-

ten ohne arbeitsrechtliche Schutzfunktionen andererseits.

Indem der Rechtsanspruch auf staatlich abgesicherte gesellschaftliche Teilhabe (ehemals Arbeitslosen- und Sozialversicherung) und öffentliche Daseinsvorsorge in eine gewährte Fürsorgeleistung umgewandelt wird, für die eine unentgeltliche Gegenleistung (als gemeinwesenorientiert und zusätzlich behauptet) eingefordert werden kann, wandelt sich der starke in einen aufgeweichten Sozialstaat.

## Auswirkungen

Dieser aufgeweichte Sozialstaat formuliert lediglich weiche Rahmenbedingungen und orientiert sich an marktwirtschaftlichen Prämissen. Seine Verpflichtung gegenüber dem Bürger reduziert sich auf die ‚Sicherung seiner Marktmöglichkeit‘, und die Auswirkung hiervon ist mittlerweile auch in dem Bereich der Bildung zu spüren.

Risiken werden dem Einzelnen und den Kommunen aufgebürdet, Zugang zu Bildung wird einkommensabhängig, Vorsorge- und Versicherungsleistungen werden privatisiert.

Durch die vierte Hartz-Reform wurde im Unterschied zu anderen Ländern in Deutschland eine sehr große und heterogen ausgestaltete gesellschaftliche Gruppe von Erwerbslosen geschaffen (9%), die durch Androhung von Sanktionen zur Annahme von minder qualifizierten und schlecht entlohnten Tätigkeiten (Minijobs, Zeit- und Leiharbeit, befristeten Beschäftigungen) oder durch Einordnung in die Gruppe der ‚arbeitsmarktfernen‘ Erwerbslosen zur Teilnahme an sogenannten Integrationsmaßnahmen (z.B. Ein-Euro-Jobs) gezwungen werden können.

Abgesehen von den Auswirkungen auf die Lohnhöhe der Noch-Erwerbstätigen öffnet sich hierdurch auch ein riesiges Feld von Arbeits-



einsatzmöglichkeiten in den Bereichen der Betreuung von Kindern und Jugendlichen im Ganztags-schulbereich, der Betreuung und Pflege von alten Menschen und der Pflege des öffentlichen Raumes. Diese Tätigkeiten werden abgewertet, da keine professionelle Qualifikation mit entsprechender Entlohnung mehr vorausgesetzt wird.

Besonders reizvoll ist die Konstruktion der Finanzierung: Durch Einsparungen im Bereich der Leistungen des ALG I (von 29,5 Mrd Euro in 2002 auf 13,9 Mrd. in 2008) werden beitragsfinanzierte Überschüsse erzielt. Diese erlauben es zunehmend, über die Erweiterung der Integrationsmaßnahmen den staatlichen Haushalt in Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu entlasten.

D. h.: Kinderbetreuung in Schulen wird zunehmend aus der Arbeitslosenversicherung finanziert! Und an der ‚Begleitung und Betreuung‘, besser gesagt: Kontrolle und Disziplinierung der Erwerbslosen verdienen immer mehr Bildungs- und Beschäftigungsträger, denn jeder Betreuungsfall wird mit mindestens 300,- Euro vergütet.

Es wird deutlich: Die Zielsetzung von ‚Fördern und Fordern‘ ist die Verfestigung einer Armutsschicht. Der egalisierende Ansatz früherer Sozialpolitik ist der Doktrin der freien Marktwirtschaft gewichen, die immer mehr Reichtum einiger weniger und immer größere Armut, und das weltweit, produziert.

# Stadtarchivdrama: LINKE Beiträge zur Aufklärung

Interview mit Michael Weisenstein, KVB-Aufsichtsrat für DIE LINKE Köln

**LINKEZEITEN (LZ):** Michael, du bist im Aufsichtsrat der KVB, wie wurde dort vor der Katastrophe über die Probleme beim U-Bahn-Bau informiert?

**Michael Weisenstein (MW):** Die Nord-Süd-Stadtbahn ist im Aufsichtsrat mehrere Male im Jahr Thema. Dann wird über den aktuellen Stand und über die finanzielle Entwicklung berichtet. Der Aufsichtsrat ist vor allem für die wirtschaftlichen Fragen zuständig, und da gab es immer reichlich Diskussionsstoff.

Das Projekt war ja schon vor der Katastrophe am Waidmarkt mit über 1,1 Milliarden Euro doppelt so teuer geworden wie geplant. Zu den technischen Fragen gab es Powerpointvorträge, die aber oft aus Zeitgründen nur der Niederschrift beigelegt wurden.

**LZ:** Welchen konkreten Beitrag hat DIE LINKE zur Aufklärung der Ursachen und Abläufe geleistet?

**MW:** Mit Nachforschungen zu den zusätzlichen Brunnen hat die Ratsfraktion einen wichtigen Hinweis in der öffentlichen Diskussion

zum Thema Grundwasser gegeben. Klar hatten Funk, Fernsehen und Printmedien ein großes Interesse an der Sache. Unsere Aufgabe besteht aber darin, Transparenz zu schaffen und einen Beitrag zu leisten, Ursachen der Katastrophe schnell zu erforschen.

So ist es der Fraktion gelungen, die Problematik des hydraulischen Grundbruchs und die Frage der Bauaufsicht in die öffentliche Diskussion zu bringen.

**LZ:** Nach der Katastrophe hat der KVB-Vorstand der Öffentlichkeit wichtige Informationen zurückgehalten oder sich scheinbar aus der Nase ziehen lassen. War das im Aufsichtsrat anders?

**MW:** Nein, die Informationen, die vom Vorstand auf Nachfragen kamen, waren für mich ungenügend.

**LZ:** Wie siehst Du die Verantwortung der KVB und ihres Vorstandes für das Unglück im Verhältnis zur Stadt und den Baufirmen?

**MW:** Die KVB scheint aus meiner Sicht als Verkehrsunternehmen mit dem Bau einer U-Bahn überfordert:

Sie hätte nie gleichzeitig Bauherr und Bauaufsicht sein dürfen. Dass diese Funktionen jetzt getrennt worden sind, ist gut so, kommt nur leider zu spät.

Aber die Verantwortung dafür liegt bei den politischen Mehrheiten in Stadt und Land, die das so entschieden haben. Auch die Aufsicht war eine Katastrophe; der Bau muss vom Staat überwacht und kontrolliert werden! Stadt und Land haben aber so viele Stellen abgebaut, dass sie das gar nicht mehr selbst können. Und das war schon so, als noch der Grüne Michael Vesper Bauminister in NRW war.

**LZ:** Und die Baufirmen?

**MW:** Die privaten Baufirmen wie Bilfinger und Berger sagen fast nichts. Da geht es auch um Haf-

## Pressemitteilung der Ratsfraktion

Es ist ein Skandal, dass angesichts von 40 durchsuchten Objekten der KVB und diverser Bauunternehmen KVB-Chef Reinartz nicht den Hut nimmt und sich im Aufsichtsrat keine Mehrheit für seine Abwahl findet. Der Vertreter der Linken, Michael Weisenstein, war für die Abwahl eingetreten.

Der Fraktionsvorsitzende Jörg Detjen erklärt zur Entscheidung des Aufsichtsrates:

„Dass sich OB Schramma von Reinartz erst hintergangen fühlt und ihn dann aber über den Beigeordneten Streitberger stützt, ist schon bemerkenswert.“

Unterirdisch ist das Verhalten der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat. Zum Wohle der KVB hätten sie den Vorstand Reinartz abwählen müssen, doch es fehlte ihnen die Zivilcourage. Eine Enthaltung wäre das Minimum gewesen.“

Stadtarchiv in Trümmern



tungsfragen. Bauherr ist aber die KVB. Also ist die KVB auch in der Verantwortung für das Unglück.

**LZ:** Wer trägt die politische Verantwortung für dieses System der organisierten Verantwortungslosigkeit?

**MW:** Die, die damals das Projekt beschlossen haben, und die Mehrheiten im Rat und Landtag, die es zulassen, dass die Verwaltung so schwach geführt wird, wie dies in den letzten Jahren geschehen ist. CDU, FDP und Die Grünen haben 2001 mit der Dezernatsneuordnung das alte Tiefbauamt mit vielen erfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vom U-Bahn-Bau zerschlagen. Dafür trägt heute Oberbürgermeister Schramma die Verantwortung. Deshalb musste er auf seine erneute Kandidatur zum Oberbürgermeister verzichten.

**LZ:** Wie kann jetzt Sicherheit für die Menschen an der U-Bahn-Baustelle geschaffen werden?

**MW:** Ein völliger Baustopp und die Baustellen halbfertig liegen zu lassen, bringt keine Sicherheit. Im Gegenteil: Wo die Gefahr des Auftriebs durch Grundwasser noch gegeben ist, müssen die Betonarbeiten zügig und mit den sichersten Verfahren durchgeführt werden.

Die unabhängigen Gutachter vom TÜV müssen die Sicherheit jedes einzelnen Hauses an der Trasse prüfen. Sie müssen auch prüfen, ob die von der KVB vorgesehenen Methoden die richtigen sind oder ob auf sicherere Verfahren umgestellt werden muss.

**LZ:** Was müsste sich Deiner Meinung nach ändern, damit die KVB von den Bürgerinnen und Bürgern, denen sie gehört, demokratisch kontrolliert werden kann?

**MW:** Die Aufsichtsratsitzungen müssen öffentlich sein! Hier ist die Fraktion aktiv, wir haben das im Rat beantragt. Es darf in einem öffentlichen Unternehmen keine Geheimnisse geben, auch nicht was die Vorstandsgehälter angeht. Mittelfristig brauchen wir erweiterte Bürgerbeteiligung mit kompetenten Beiräten.

## OV aktiv vor Ort

Von Dieter Koberg, OV Innenstadt-Rodenkirchen

Der Einsturz am Waidmarkt betrifft den Ortsverband Innenstadt-Rodenkirchen der LINKEN unmittelbarer als andere Gliederungen der Partei.

So stellte sich uns im OV die Frage, wann und wie wir als OV der LINKEN reagieren und an die Öffentlichkeit treten sollten. Solange noch nach den Verschütteten gesucht wurde, verbot sich zunächst ein allzu offensives öffentliches Auftreten als Partei.

### OV in Aktion

So fand die erste öffentliche Aktion des OV zu diesem Thema am Mittwoch vor Ostern (8.4.) statt. Wir standen mit zwei Infowänden und einer „Klagemauer“ am Severinstor. Auch der Text des Beschlusses des Kreisvorstands zum Waidmarktunglück lag für Interessierte bereit.

Für die Infotafeln haben wir Material aus der Dokumentation auf der Internetseite der Ratsfraktion verwendet. Dabei handelt es sich um Infos zur Vorgeschichte des U-Bahn-Baus, um die einschlägigen Ratsbeschlüsse, um Texte zur Umorganisation und zum Abbau der städtischen Verwaltung, die mitursächlich für das Unglück geworden sind, um Reaktionen der Stadt und anderer Beteiligter nach dem Unglück sowie um Positionen, die die LINKE (bzw. früher die PDS) jeweils bezogen hat.

Den Bürgern wurde per Stelltafel die Frage gestellt: „Was meinen Sie? Wie weiter nach dem U-Bahn-Einsturz?“ Sie wurden eingeladen, ihre Meinung auf Blätter zu schreiben, die dann an eine Art „Klagemauer“ gehängt wurden.

Für eine Auswertung der aufgeschriebenen Antworten ist es noch zu früh, dafür ist die „Stichprobe“ zu klein. Aufgefallen ist allerdings einigen von uns, dass ein Teil der Bürger eher dazu bereit ist, die eigene Meinung auszusprechen, als sie aufzuschreiben.

Wir beabsichtigen, diese und andere Aktionen in den kommenden Wochen regelmäßig zu wiederholen – mit optisch verbesserten Infotafeln, die auch weniger windempfindlich werden sollen.

Unter Berücksichtigung der bei diesen Aktionen erhaltenen Reaktionen der Bürger wollen wir unser Flugblatt überarbeiten, das wir verteilen und in die Briefkästen in der Severinstraße und ihren Seitenstraßen stecken wollen.

Wir möchten den Bürgerinnen und Bürgern signalisieren, dass wir als LINKE in ihrem Interesse handeln. Unser Ziel muss und wird es zudem sein, die Bürgerinnen und Bürger zu ermutigen, sich in ihre eigenen Angelegenheiten einzumischen.

## Aktionen!

### Standaktionen

25.04.,  
09.05.,  
23.05.,  
06.06.,  
jeweils ab 11:00 Uhr,  
vor dem Severinstor bzw. vor der Severinskirche.

### Steckaktion

Entlang der Severinstraße werden Flugblätter gesteckt. Es werden noch SteckerInnen gesucht! Bitte melden bei d.koberg@gmx.de!

### Öffentliche Infoveranstaltung

11.05.2009, 19:30 Uhr,  
Bürgerhaus Stollwerck, Raum 310,  
Dreikönigenstr. 23.

# Für eine sozial-ökologische Erneuerung!



Von Ulla Lötzer, Direktkandidatin zur Bundestagswahl

Als Rettungsschirm für die Banken hat die Bundesregierung in wenigen Tagen 500 Mrd.€ bereitgestellt. Der längst überfällige Schutzschirm für die Menschen und ihre Arbeitsplätze hat hingegen in der Politik von Merkel, Steinmeier, Guttenberg und Rüttgers keinen Platz.

Sie wollen die Verluste der Finanzmarkjongleure sozialisieren und so den finanzmarktgetriebenen Kapitalismus über die Zeit retten.

Dabei hat nach den Zeitarbeitern die Krise längst auch die Kernbelegschaften erreicht: Thyssen bricht Mitbestimmungsrechte, um Massenentlassungen durchzusetzen, und verteilt die Gewinne des Vorjahres an die Aktionäre.

## Große Koalition hofft auf ein ‚weiter so‘

Angesichts der dramatischen Auftrags- und Produktionseinbrüche in der Industrie, allen voran in der Automobil- und Metallbranche, versucht die große Koalition, sich mit verlängerter Kurzarbeit, ein paar Staatsbürgschaften und der Hoffnung auf ein ‚weiter so‘ über den Wahltag zu retten. Die notwendige politische Kehrtwende werden sie weder vor noch nach dem Wahltag vollziehen.

Denn weit mehr ist faul am Kapitalismus als ‚nur‘ die in den zu Giftschränken gewordenen Tresoren der Banken gelagerten Wertpapiere: Er hat mit Niedriglöhnen einerseits und Steuergeschenken an die Reichen soziale Ungerechtigkeit verschärft, er ist naturzerstörend und zentrale Triebkraft für

die weltweite Klima- und Hungerkatastrophe. Wie sich in der Krise zeigt, zerstört er zudem seine eigenen Grundlagen, denn massiven Überkapazitäten steht eine massive Unterversorgung gegenüber; die Zerstörung von Produktivität, von Arbeitsplätzen, von Produktion, Innovation und Kreativität sind die Folge.

In der Bundesrepublik haben Rot-Grün und Schwarz-Rot mit einer einseitig auf Exporterfolge und Sicherung des Shareholder Values ausgerichteten Wirtschaftspolitik diese Tendenzen massiv verstärkt: Exportweltmeister und Sozialabbau, Niedriglohn und Rückgang öffentlicher Investitionen sind zwei Seiten einer Medaille. Die Folgen: Die Binnennachfrage ist ruiniert, die Daseinsvorsorge geschwächt, ganze Industrieregionen und -branchen sind in einer Strukturkrise.

## Schutzschirm für die Menschen!

Um die wirtschaftliche Talfahrt zu stoppen und Arbeitsplätze zu sichern hat Die LINKE Vorschläge für ein wirksames Antikrisenprogramm

*Fortsetzung auf Seite 7 oben!*

## Ergebnis der VertreterInnenversammlung zur Wahl der BundestagskandidatInnen

Von Sengül Senol

Auf der VertreterInnenversammlung am 28./29.03.2009 wurde die Reserveliste der LINKEN NRW zur bevorstehenden Bundestagswahl 2009 gewählt.

An dieser Versammlung nahmen über zweihundert Delegierte aus den Kreisen und Städten teil.

### Wahlergebnisse

Es wurde eine Liste mit 35 KandidatInnen gewählt. Unsere Kölner Direktkandidatin Ulla Lötzer führt die Liste als Spitzenkandidatin an.

Auf Platz 2 und 3 folgen zwei weitere Frauen: Ulla Jelpke und Inge Höger.

Danach folgen unser Genosse Paul Schäfer, der in Bonn antritt, sowie Sahra Wagenknecht, Andrej Hunko, Sevim Dagdelen, Niema Movassat und Ingrid Remmers.

Unser Direktkandidat Matthias W. Birkwald nimmt auf der Reserveliste Platz 10, unsere Direktkandidatin Cindy Kolter Platz 29 ein.

Den Abschluss der Versammlung kommentierte Ulla Lötzer mit den

Worten: „Lasst uns in einen schönen, spannenden und erfolgreichen Wahlkampf starten!“

### Aktiv in Köln

So ist es – und wir in Köln werden uns engagiert am Wahlkampf beteiligen und unsere drei DirektkandidatInnen Cindy, Matthias und Ulla nach Kräften unterstützen.

In dieser Ausgabe der LINKEZEITEN werden die drei die Grundlinien ihrer Arbeit schildern.

in den Bundestag eingebracht. Dabei verbinden wir konkrete Schritte gegen die Krisenfolgen mit Vorschlägen für den Weg zu einer neuen wirtschaftlichen Ordnung, die von der Teilhabe aller statt von der Profitgier weniger ausgeht.

## LINKE Alternativen

Wirtschaftsdemokratie, sozial-ökologische Erneuerung auch der Industrie und gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sind die Leitlinien dieses Programms.

Wir brauchen ein Zukunftsprogramm für zwei Millionen neue Arbeitsplätze, zur Stabilisierung der Binnennachfrage einen gesetzlichen Mindestlohn und eine Erhöhung der Hartz IV- Sätze.

Um die Dominanz kurzfristiger Gewinninteressen in Unternehmen zu brechen, muss eine echte paritätische Mitbestimmung auf alle Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten ausgeweitet werden. Öffentliche Beteiligungen an Unternehmen müssen mit Beteiligungsrechten der Belegschaft verbunden werden.

Für den sozial- ökologischen Umbau der Industrie schlagen wir einen Zukunftsfonds von mindestens 100 Milliarden € vor, der als Anleihe aus einer Sonderabgabe auf Unternehmensgewinne finanziert werden soll.

Wirtschaftsräte mit Vertretern von Belegschaften, Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbänden und Gebietskörperschaften sollen auf allen politischen Ebenen gemeinsam über seine Geschäfte entscheiden.

# Den Sozialstaat verteidigen und ausbauen!

Von Matthias W. Birkwald, Direktkandidat zur Bundestagswahl

Im Grundgesetz heißt es in Artikel 20: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ Das Sozialstaatsprinzip ist hier als unabänderliches Staatsziel festgehalten, denn nach der sogenannten „Ewigkeitsklausel“ ist es unzulässig, die in Art. 20 niedergelegten Grundsätze zu ändern. Soweit, so gut, doch wie sieht die Realität aus?

## Statt Sozialabbau ...

Die von SPD und Grünen angeordnete „Agenda 2010“ hat unter großem Beifall von Union und FDP den Sozialstaat bis in seine Grundfesten erschüttert, auf mehr private Vorsorge und mehr alimentierende Fürsorge statt gesicherter Rechtsansprüche orientiert und so den Sozialstaat geschliffen. Dieser Weg ist grundfalsch, denn er:

- verschärft die Spaltung in Arm und Reich,
- demütigt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringen Chancen, indem sie in die Leiharbeit gepresst werden,
- zwingt eine Million Beschäftigte mit Niedriglöhnen, zu Aufstockern und Aufstockerinnen zu werden,
- stürzt Kurzarbeitslose nach einem Jahr in Hartz IV und Armut,
- drangsaliiert Langzeitarbeitslose mit völlig unsinnigen und entwürdigenden Regeln und viel zu niedrigen Leistungen,

– verhindert die Genesung von Kranken mit geringen Einkommen, weil sie sich Zuzahlungen aller Art nicht leisten können,

– nimmt Rentnern und Rentnerinnen ihre Würde, weil sie in die Altersarmut geworfen werden und

– will Armen die Rechtsstaatlichkeit durch Gebühren an Sozialgerichten verweigern.

Diese Aufzählung ist noch lange nicht vollständig – leider. Aber sie macht deutlich: Diese Entwicklung muss gestoppt und umgekehrt werden. Soziale Sicherheit lässt sich nicht über die Freiheit der Märkte herstellen, sondern muss diesen abgerungen werden. Darum gilt es, den Sozialstaat wieder auf eine verlässliche Basis zu stellen. Wir kämpfen dafür, Menschen in die Gesellschaft zu holen.

## ... LINKE Sozialpolitik!

Ob mit oder ohne Migrationshintergrund: Arme, Erwerbslose, Wohnungslose, Alte, Menschen mit Behinderungen und Kranke – sie alle müssen gleichberechtigt als ebenso wertvolle Teile dieser Gesellschaft anerkannt werden wie die Gesunden, die Leistungsstarken, die Reichen und die Jungen.

Um den Sozialstaat zu retten, brauchen wir eine gute Sozialpolitik als Gegenprinzip zur kapitalistischen Verwertungslogik. Darum plädiert DIE LINKE dafür, das So-



zialstaatsgebot im Grundgesetz zu schärfen und staatliches Handeln deutlicher als bisher darauf zu verpflichten, aktiv gegen soziale Ausgrenzungsprozesse, soziale Ungerechtigkeit, Arbeits- und Wohnungslosigkeit anzugehen.

Es geht um die Konkretisierung des Sozialstaatsgebots im Grundgesetz. Die Verpflichtung des Staates zu sozialer Aktivität, die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit und das Gebot staatlicher Absicherung der allgemeinen Lebensrisiken der Menschen sind ausdrücklich in die Verfassung hineinzuschreiben.

Soziale Grundrechte, die den Individuen verfassungsrechtlich verbürgte Rechte gewähren, sind ebenfalls in das Grundgesetz aufzunehmen, so das Recht auf Arbeit, Wohnung, Erholung, Bildung Gesundheit und soziale Sicherheit.

# Jetzt aufstehen: für soziale Gerechtigkeit!



Von Cindy Kolter, Direktkandidatin zur Bundestagswahl

„Soziale Gerechtigkeit“ ist die zentrale Forderung der LINKEN. Der Kampf gegen Hartz IV ist ein erster wichtiger Schritt zur Realisierung dieser Forderung. Ziel ist es, ein Leben zu ermöglichen, in dem jeder selbstbestimmt entscheiden und handeln kann, in dem jeder auf seine Art und Weise am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann und in dem jeder die Möglichkeit hat, sich optimal zu entwickeln.

Zur Verwirklichung dieser Vision stehen die Schaffung eines Bewusstseins für gesellschaftliche Zusammenhänge in der Bevölkerung, die Motivation zur Selbstorganisa-

tion und die Aktivierung von Widerstand gegen Willkür, Repression und Korruption an erster Stelle.

## „Hartz IV blüht auch dir!“

Wer heute erwerbstätig ist und seine Existenz mit seinem Einkommen sichern kann, muss jederzeit damit rechnen, dass er seinen Arbeitsplatz verliert.

Nachdem der Arbeitslosengeld-I-Anspruch verwirkt ist und Sparguthaben und alle „Vermögenswerte“ (wie Haus, Auto oder Renten- und Lebensversicherung) verkauft und aufgebraucht sind, kann jeder, egal was und wie lange er gearbeitet hat, sich auf ein Leben mit scharfen Repressionen und geringen Aussichten auf eine erneute Erwerbstätigkeit, von der man leben kann, einstellen. Seine Rente – letzten Endes – wird seinen Lebensunterhalt dann wahrscheinlich nicht decken können, so dass Altersarmut vorprogrammiert ist.

Unsere „sozialen Hilfesysteme“ sind inzwischen so ausgerichtet, dass Hilfebedürftigkeit zum lukrativen Geschäft geworden ist. Keine Branche boomt so erfolgreich wie das Geschäft mit der Armut und Arbeitslosigkeit. Dabei dienen die meisten Maßnahmen zur „Integration in den ersten Arbeitsmarkt“, basierend auf dem Konzept „För-

dern und Fordern“, der Verfestigung von Armut bis weit in die Mittelschicht und Aufrechterhaltung der sozialen Ungerechtigkeit durch Repression und Kontrolle.

## Bewusstsein schafft Bewegung

Die dringendsten Nöte der Arbeitslosengeld-II-Bezieher zu mildern, ist nur ein erster Schritt in Richtung sozialer Gerechtigkeit. Forderungen wie „Anhebung des Regelsatz auf 500 Euro“, „Einführung einer eigenen Grundsicherung für Kinder und Jugendliche“ und „Keine Anrechnung von Vermögen“ müssen auch als richtig und erreichbar anerkannt werden, damit eine soziale Bewegung ausgelöst werden kann.

Ohne eine breite soziale Bewegung ist die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit nur eine Illusion.

## Redet mit uns, nicht über uns!

Erwerbslose und von Erwerbslosigkeit bedrohte Menschen müssen die Möglichkeit zur direkten Teilhabe an den demokratischen Prozessen in Politik und Gesellschaft bekommen. Bisher wurden Konzepte zur Bekämpfung von Armut meist ohne die Betroffenen entwickelt. Unternehmer, Lobbyisten und existenziell gut abgesicherte „Experten“ diskutieren über mögliche Maßnahmen. Es wird Zeit, dass wir, die es betrifft, an diesen Prozessen beteiligt werden!

# Für einen freien 1. Mai in der Türkei!

Von Sengül Senol

Am 01. Mai letzten Jahres wurden bei schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten in Istanbul zahlreiche Menschen am Tag der Arbeit verletzt und über 500 Menschen festgenommen. Die Polizei ging gewalttätig gegen Lohnabhängige vor.

Der Taksimplatz, auf dem die Lohnabhängigen feiern und demonstrieren wollen, wird zwar unter der Arbeitnehmerschaft als

Platz des 1. Mai bezeichnet – aber feiern dürfen sie dort nicht.

## Demoverhinderung

Auch dieses Jahr weigert sich der Gouverneur in Istanbul, für den 1. Mai auf dem Taksimplatz eine Genehmigung zu erteilen. Er begründet seine Ablehnung mit angeblichem Platzmangel und schlägt alternativ Plätze in Kadiköy und Caglayan vor.

Die türkischen Gewerkschaften KESK, TÜRK-İS und DISK haben hiergegen protestiert und bekannt gegeben, dass sie daran festhalten, den 1. Mai in Taksim zu begehen. Denn es sei ein Grundprinzip, am 1. Mai nicht irgendwo, sondern in Taksim zu demonstrieren, um so den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zu gedenken, die beim „blutigen Mai 77“ ermordet wurden.

## Blutiger Mai 77

Anlässlich der Demonstrationen und Feiern am 1. Mai 1977 wurden damals über 30 Menschen durch gezielte Schüsse ermordet und viele verletzt. Die türkische Justiz hat diese Massaker bisher nicht aufgeklärt.

Nach dem Militärputsch 1980 wurde es überdies verboten, den 1. Mai als Kampftag der Lohnabhängigen zu begehen, und Gewerkschaftsmitglieder mussten jahrelang ins Gefängnis.

## Istanbul-Delegation

Die Gewerkschaften in der Türkei kämpfen bis heute um die Anerkennung ihrer Rechte. Daher haben sie einen Aufruf zur Teilnahme an die europäischen Gewerkschaften gerichtet, die vom 30. April bis zum 2. Mai eine europäische Delegation nach Istanbul entsenden.

Neben Gewerkschaftern werden auch andere Menschen aus Politik und Gesellschaft teilnehmen, etwa GenossInnen der LINKEN Köln, für die der Kontakt mit Menschen aus

der Partnerstadt Istanbul ein wichtiges Anliegen ist. Die Delegation wird am 1. Mai an der Demonstration am Taksimplatz teilnehmen, um sich mit den türkischen Gewerkschaften zu solidarisieren und unmissverständlich zu fordern:

*für die Anerkennung des 1. Mai als Feiertag und für die Aufklärung des „blutigen Mai 77“ in Taksim.*

Weiterhin ist es geplant, in Istanbul mit den größten Gewerkschaften und Initiativen Gespräche zu führen.

# NATO-Gipfel: Im Westen nichts Neues!

Von Paul Schäfer, MdB

„Wozu das alles?“, möchte man fragen: Große Reden hatten im Vorfeld die Bedeutsamkeit der NATO beschworen, zum Jubiläumsgipfel reisten über zwei Dutzend Staats- und Regierungschefs an, Grundrechte der Anwohner und demonstrationswilliger Bürger wurden en gros außer Kraft gesetzt, eine Armada von Sicherheitskräften zur Abschirmung der Veranstaltung und kaum weniger Journalisten wurde zu ihrer Würdigung mobilisiert – und das Ergebnis?

Absehbar: eine Handvoll weiterer Beweise für die Lernresistenz des Bündnisses.

## Personaltausch ohne Richtungswechsel

Da ist zunächst der neue Generalsekretär, der dänische Ex-Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen. Die Türkei verdächtigte ihn antiislamischer Ressentiments, konnte aber in einem Kuhhandel besänftigt werden.

Möglich, dass im Land des vorgeblichen Pressefreiheitsverfechters Rasmussen nun kurdische Sender geschlossen werden. Für die NATO bedeutsamer sind andere Teile seiner Vita: Rasmussen ist die fleischgewordene Nibelungen-treue zu den USA. Von der ersten Stunde an war er Verfechter des völkerrechtswidrigen Irakkrieges und hat sich nicht gescheut, für die

Beteiligung seines Landes das Parlament zu belügen; die Entsendung von Truppen in die Kampfgebiete Südafghanistans und die logistische Unterstützung der illegalen CIA-Entführungsflüge mögen ihn weiter qualifiziert haben. Eine Abkehr der NATO von der schon programmatischen Missachtung des Völkerrechts und der unheilvollen Konzentration auf militärische Strategien lässt sich in dieser Personalentscheidung nicht erkennen.

## Vorrang für das Militär

Auch die Einigung auf Kernelemente einer neuen NATO-Strategie, von der Bundesregierung als Durchsetzung ihres Konzeptes der „vernetzten Sicherheit“ gefeiert, ist kein Aufbruch zu neuen Ufern. Im Gegenteil: Unverhohlen wird hier die Führungsrolle des Militärs festgeschrieben. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen werden vereinnahmt und zu reinen Erfüllungsgehilfen abgewertet.

Deutlich wird das auch am weiteren Umgang mit einem der frischesten Schmutzflecken auf der NATO-Weste, dem Afghanistan-Krieg: Besinnung, Umkehr, friedensorientierte Politik? Fehlanzeige. Beschlossen wurde die weitere Eskalation. Auf bis zu 100.000 Mann sollen die NATO-Truppen im Land aufgestockt werden – etwa die Größenordnung, bei der vor Jahren die Sowjetunion eingesehen hat, dass mit reiner Militärmacht hier nichts zu gewinnen ist.



Dann gab es noch die Erweiterungsfrage: Mit Albanien und Kroatien sind zwei neue Mitglieder aufgenommen worden, und an der „roten Linie“, als die Russland die Aufnahme Georgiens und der Ukraine bezeichnet hat, wird weiter kräftig gekratzt. Man mag das Verlässlichkeit oder Starrsinn nennen, entspannungs- und friedensorientiert ist es nicht.

## Zur Atomfrage

Und wo bleibt das Positive? Es soll nicht verschwiegen werden: US-Präsident Barack Obama hat sich für eine atomwaffenfreie Welt ausgesprochen und ist auf große Zustimmung gestoßen. Beim NATO-Gipfel indessen war das nur ein Randaspekt. Von unterstützenden Initiativen, etwa der Abkehr von der Erstschlagsdoktrin, war nichts zu hören. Bleibt festzuhalten: Nukleare Abrüstung ist möglich. Jenseits der NATO.

# Auf in die Wahlkämpfe!

Von Wolfgang Lindweiler

Gut 60 kommunale KandidatInnen und Aktive der Kölner LINKE machten die „Kick-Off“-Veranstaltung für die bevorstehenden Wahlkämpfe am 18. April mit ihren Beiträgen zu einem vielversprechenden Start in engagiert geführte, dezentrale und aktivierende Wahlkämpfe zu den Europa-, Kommunal- und Bundestagswahlen.

Kreissprecher Hans Günter Bell eröffnete die Veranstaltung mit einer Einführung in das Wahlkampfkonzept des Kreisverbandes: Ein dezentraler, aktivierender und engagierter Wahlkampf kann nur gelingen, wenn jedes einzelne Mitglied, die gut 60 kommunalen Kandidaten, die Ortsverbände und Projekte ihn zu ihrer eigenen Sache machen und aktiv mitgestalten, so die von breiter Zustimmung getragene Kernbotschaft.

Zur Unterstützung und Koordination der Aktivitäten wird ein wöchentliches Koordinierungstreffen von Wahlkampfleitung, -aktiven und den Verantwortlichen der Ortsverbände ab dem 4.5. wöchentlich Montags um 19 Uhr im Kreisbüro Metzger Straße 24 eingerichtet.

## Schwerpunkte

Für die Kommunalwahl stellte Hans Günter Bell die 3 Wahlkampf-schwerpunkte vor:

- gute Arbeit statt Hartz IV mit Zuspitzung auf ein kommunales Beschäftigungsprogramm;
- eine Schule für alle mit Zuspitzung auf eine neue Gesamtschule in Köln;
- Demokratisierung und Transparenz in Verwaltung und öffentlichen Unternehmen.

Bei jedem dieser Schwerpunkte, so das Ergebnis der anschließenden Debatte, sollen die besonderen Probleme von Migrantinnen und Migranten als Querschnittsthema ausführlich berücksichtigt werden, statt sie in einen eigenen zusätzlichen Schwerpunkt auszulagern.

Dass dieses Schwerpunkte zumindest im Hinblick auf die Zustimmung der KandidatInnen und Aktiven gut gewählt sind, zeigte die breite Übereinstimmung der im Workshop zum persönlichen Wahlkampf formulierten persönlichen Kernbotschaften der Kandidatinnen und Kandidaten.

„Kick-Off“-Veranstaltung in Deutz



## Mapping im OV

Vor dem Einstieg in die durch konzentrierte und kreative Arbeit geprägten Workshops stellte Ulrike Detjen vom OV-Vorstand Ehrenfeld die Ergebnisse eines ‚Mappings‘ des Stadtbezirkes vor. Neben sozialstrukturellen Daten und den Wohnorten der Mitglieder konzentrierte sich die zur Nachahmung empfohlene Untersuchung auf die Erfassung sozialer Einrichtungen.

Diese werden vom OV-Vorstand und den Kandidatinnen systematisch kontaktiert und besucht. Damit wollen die Ehrenfelder ihr ehrgeiziges Wahlziel von 11% im Bezirk erreichen, um so ihr Scherlein für das stadtweite Wahlziel „9% für Köln“ beizutragen.

## Aktionsformen

Intensiv gearbeitet wurde auch in den weiteren Workshops zu kreativen interaktiven Aktionsformen wie Bodenzeitungen, „Stolpersteinen“ und „Klagemauer“, aber auch zur Kommunikation am konventionellen Infostand.

Wahlkampf ist mehr als nur Plakate und Infostände. Als Partei, die zurecht von den Großspenden des Kapitals verschont bleibt, sind wir auf aktive Kommunikation aller und Angebote zum Mitmachen angewiesen. Mit der aktiven Kommunikation mit sozialen Initiativen, Kommunikationsangeboten wie z.B. „Wohnzimmengesprächen“ für Nachbarn, Eltern und andere Interessengruppen und dem Aktivierungswahlkampf der Bundespartei hat die Kölner LINKE auch dafür gute Ideen und Engagement.

Auch Probleme wie etwa der Umgang mit Vorurteilen gegenüber Migrantinnen und Migranten oder Hartz-IV-EmpfängerInnen bei Nicht-Betroffenen am Infostand wurden in den Gruppen konstruktiv, offen und fern jeder Polarisierung diskutiert.

Dies macht ebenso Mut für die Wahlkämpfe wie die gute Stimmung beim abendlichen Ausklang mit türkisch-kurdischem Buffet und Kölsch vom Fass.

# Am 9. Mai auf die Straße gegen Pro Köln!

Von Benjamin Wernigk

Der 20. September 2008 dürfte vielen Kölnerinnen und Kölnern in positiver Erinnerung sein. An diesem Tag zeigten nämlich tausende von Menschen den Rassisten von Pro Köln, dass sie in dieser Stadt und anderswo nicht willkommen sind. Mit zahlreichen Aktionen wie einer Blockade des Kundgebungsplatzes am Heumarkt gelang es, den von Pro Köln geplanten sog. Anti-Islamisierungskongress erfolgreich zu verhindern.

Auch DIE LINKE beteiligte sich damals mit vielen GenossInnen aus Kreis- und Landesverband an den Protesten der beiden Bündnisse gegen diese rassistische Kundgebung.

## Pro Köln und seine fiesen Verbündeten

Offensichtlich hat die selbst ernannte „Bürgerbewegung“ daraus aber nichts gelernt. Denn sie wollen ihre Anti-Islamisierungskonferenz am 9. Mai in Köln wiederholen. Auch dieses Jahr finden sich unter den Gästen wieder zahlreiche extrem rechte Politiker aus ganz Europa, so zum Beispiel vom belgischen Vlaams Belang oder der österreichischen FPÖ.

Als Platz hatten sich die Biedermänner den für ihr Vorhaben sicherlich symbolträchtigen Roncalliplatz ausgesucht. Dies wurde ihnen aber von der Kölner Polizei aus Sicherheitsgründen untersagt. Daraufhin legte Pro Köln Beschwerde beim Verwaltungsgericht Köln ein – und verlor gleich nochmal!

Nun soll das internationale Stelldichein von Rechtsextremisten am Barmer Platz in Deutz stattfinden.

Beisicht und Konsorten wollen vor eine höhere Instanz ziehen. Wohl eher als kurzfristig erdachter „Plan B“ haben sie nun angekündigt, am 9. Mai eine große Demonstration durchzuführen.



*Pro Köln erneut blockieren!*

Diese soll vom Barmer Platz in Deutz aus starten und über die Deutzer Brücke, den Rudolfplatz und die Ringe zum Abschluss nach Ehrenfeld führen – dorthin, wo die neue Moschee gebaut werden soll.

Trotz all der Ungewissheiten für den Tag selber ist eines klar: Diese rassistische Veranstaltung darf nicht stattfinden und muss – so wie letztes Jahr – durch lauten, bunten und kreativen Protest tausender Menschen verhindert werden.

## Blockadebündnis trifft sich ab 9 Uhr in Deutz

Hierfür ruft das letztjährige Blockadebündnis „Aufgestanden, Hingegangen, Abgepfiffen“ dieses Mal unter dem Motto „Aufgestanden, Hingegangen, Abgepfiffen“ dazu auf, den Rassistenkongress von innen heraus zu verhindern, indem sich möglichst viele Menschen direkt auf den Kundgebungsplatz begeben. Mobilisiert wird um 9 Uhr nach Deutz.

## „Köln stellt sich quer“ ab 10 Uhr am Heumarkt

Auch das Bündnis „Köln stellt sich quer“, das sich vor allem aus Gewerkschaften, demokratischen

Parteien und Kirchenverbänden zusammensetzt, ist dieses Jahr wieder aktiv und will Pro Köln eine deutliche Absage erteilen. Hier wird für 10 Uhr auf den Heumarkt mobilisiert.

## LINKE Flagge zeigen!

Ob man nun nach Deutz oder zum Heumarkt geht: Wichtig ist es, am 9. Mai auf der Straße zu sein und Flagge zu zeigen: Gegen Rassismus und braune Hetze, für internationale Solidarität!

Aufgrund der unsicheren Situation bezüglich des Kundgebungsortes empfiehlt es sich dringend, die entsprechenden Webseiten im Auge zu behalten, um auf dem neuesten Stand zu bleiben:

### Webseiten zur Demo-Info

„Aufgestanden, Hingegangen, Abgepfiffen“

[www.hingegangen.mobi](http://www.hingegangen.mobi)

„Köln stellt sich quer“

[www.region-koeln.dgb.de](http://www.region-koeln.dgb.de)

## Heraus zum 01. Mai!

Nach der Demo am 28.03. unter dem Namen „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ ist der 01. Mai die nächste Gelegenheit, an der Seite der Gewerkschaften für die Rechte der Lohnabhängigen einzutreten und dabei für unser Antikrisenprogramm „Schutzschirm für Menschen“ zu werben.

Auch dieses Jahr wieder wird unsere Partei den 01. Mai aktiv gestalten und mit vielen GenossInnen an zahlreichen Ständen unser Material unter die Leute bringen.

Wir rufen alle Mitglieder dazu auf, sich zahlreich an unserem Stand zu beteiligen.

*LINKER Stand am 01. Mai 2007*



*Unser Europakandidat Jürgen Klute sprach am 07.04. über ein „Soziales Europa und LINKE Perspektiven“ (rechts: Sengül Senol, stv. Sprecherin der LINKEN Köln).*

Jürgen Klute wird am 26. Mai türkische Geschäftsleute in der Keupstraße besuchen und anschließend ein Pressegespräch führen.

## Zentrale Europa-Wahlkampfkundgebung der LINKEN NRW am 26.05.2009, Heumarkt

Am 26. Mai plant DIE LINKE, nachmittags auf dem Heumarkt eine zentrale Wahlkampfveranstaltung zur Europawahl durchzuführen.

Erwartet werden als Redner unser Parteivorsitzender Lothar Bisky, der als LINKER Spitzenkandidat für die Europawahl antritt, Oskar Lafontaine, Partei- und Fraktionsvorsitzender, sowie Jürgen Klute.

Hierzu wird es ein attraktives Begleitprogramm geben.

## Das Kölner Denkmal für Deserteure

*Unser besonderer Gast: Ludwig Baumann*

**6. Mai 2009, 18 Uhr, Kardinal-Frings-Raum (Spanischer Bau, Rathaus)**

- Präsentation der Gewinner des Wettbewerbs für das „Kölner Denkmal für Deserteure“ am Appellhofplatz.
- Bericht der Projektgruppe Deserteurenkmal: Forschungsergebnisse über Opfer der Militärjustiz aus Köln

*Ludwig Baumann – Deutschlands wohl bekanntester Wehrmachts-Deserteur – kämpft seit langem für ein würdiges Gedenken an die Opfer der Wehrmachtsjustiz.*

Veranstalter:

**DIE LINKE.KÖLN**

FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

in Zusammenarbeit mit dem Kölner Kreisverband DIE LINKE.

### Der LINKE OV Schäl Sick ...

trifft sich jeden 2. Dienstag im Monat im BZ Buchforst, Eulerstraße 11, 19:00 Uhr, Kontakt: Heiner Kockerbeck, Tel.: 0221 23 74 22.

### Der LINKE OV Ehrenfeld ...

trifft sich jeden 3. Dienstag im Monat im BüZe Ehrenfeld, Venloer Straße 423, 19:30 Uhr, Kontakt: Michael Giese, Tel.: 0221 933 50 74.

### Der LINKE OV Innenstadt/Rodenkirchen ...

trifft sich einmal im Monat an unterschiedlichen Terminen im LINKEN Parteibüro, Metzger Str. 24, 19:30 Uhr, Kontakt: Astrid Kraus, Tel.: 0151 149 415 73.

### Der LINKE OV Nord ...

trifft sich jeden 2. Dienstag im Monat abwechselnd im Altenberger Hof, Mauenh. Str. 92, oder im Bezirksrathaus Chorweiler, Pariser Platz 1, 19:00 Uhr, Kontakt: Andree Willige, Tel.: 0172 262 34 91.

### Der LINKE OV Lindenthal ...

trifft sich jeden 2. Dienstag im Monat im ASB Köln, Sülzburgstraße 146, 19:30 Uhr, Kontakt: Jürgen Seitz, Tel.: 0221 31 87 21.

### Der LINKE OV Porz ...

trifft sich in der Regel jeden 2. Dienstag im Monat im Bürgerzentrum Finkenbergl, Stresemannstraße 6a, 19:00 Uhr, Kontakt: Peter Rohleder, peter.rohleder@netcologne.de.

### Die LINKE Frauengruppe LISA ...

trifft sich in regelmäßigen Abständen im LINKEN Parteibüro, Metzger Str. 24, Kontakt: Claudia Borchard, Elke Hoheisel-Adejolu, Tel.: 0177 524 36 04.

### Die Hochschulgruppe DIE LINKE.SDS ...

trifft sich jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat im Raum C, Studiobühne, Universitätsstr. 16, 20:00 Uhr, Kontakt: Dominik Düber, Tel.: 0160 181 35 81.